



Foto: Daniel Berkmann - stock.adobe.com

Soziale Teilhabe ermöglichen

BDK sieht flächendeckende Versorgung gefährdet



BDK-Landesvorsitzende Dr. Marion Teichmann sieht durch die aktuelle Gesundheitspolitik die kieferorthopädische Versorgung bedroht.

Die Sparpolitik der Bundesregierung wirkt sich auch auf die kieferorthopädische Versorgung aus. Die Vorsitzende des BDK-Landesverbands Bayern (Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden) Dr. Marion Teichmann warnte bei einer Mitgliederversammlung Mitte Januar vor einer sich abzeichnenden Unterversorgung.

Mangel wird verschärft

„Viele von uns können schon jetzt keine neuen Patienten mehr annehmen. In drei Planungsbereichen liegt der Versorgungsgrad unter 50 Prozent. Die Wiedereinführung der Budgetierung wird den Mangel weiter verschärfen“, so Teichmann, die

auch stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der KZVB ist.

Die Budgetüberschreitungen bei der größten in Bayern tätigen Krankenkasse wirkten wie ein Brandbeschleuniger für den Transformationsprozess der Versorgungslandschaft. Die Selbstverwaltung könne den politisch verursachten Mangel nur verwalten. Das mache sie in Bayern aber noch besser als in anderen Bundesländern. Der 2018 eingeführte Honorarverteilungsmaßstab der KZVB habe den Stresstest bestanden. „Vier Jahre kam er nicht zur Anwendung und war wie ein Airbag im Auto, von dem man hoffte, dass man ihn nie brauchen wird. Mit Lauterbach und



Die BDK-Mitgliederversammlung fordert die sofortige Abschaffung der Budgettierung für alle zahnmedizinischen Leistungen.

der Ampel hat sich das schlagartig geändert. In keinem anderen Bundesland wussten die Zahnärzte so früh, was auf sie zukommen wird. Bereits im April haben wir unsere Mitglieder über die sich abzeichnenden Budgetüberschreitungen informiert und diese Zahlen fortlaufend aktualisiert“, betonte Teichmann.

Will die Politik englische Verhältnisse in Deutschland?

Sie unterstrich auch, dass Kieferfehlstellungen eine Erkrankung sind und kein „Schönheitsproblem“. Deren Behandlung sei auch Voraussetzung für die soziale Teilhabe. „Will die Politik, will Herr

Lauterbach, dass man die soziale Herkunft am Gebiss erkennt? Will sie englische Verhältnisse in Deutschland? Dann muss sie nur so weitermachen wie bisher. Wenn Deutschland aber weiterhin allen Bürgerinnen und Bürgern die soziale Teilhabe ermöglichen will, dann braucht es ein fundamentales Umdenken. Es muss Schluss sein mit ungedeckten Schecks und mit der Selbstaussbeutung der Selbstständigen. Keiner von uns kann es sich erlauben, Leistungen zu erbringen, die nicht kostendeckend sind. Das müssen und werden wir den Verantwortlichen in aller Deutlichkeit sagen. So wie das derzeit auch die Landwirte tun, die Lokführer, die Hausärzte und die Apotheker“, brachte

Teichmann die aktuelle Situation auf den Punkt und bekam dafür viel Beifall von den BDK-Mitgliedern.

Versorgungsauftrag weiterhin erfüllen

In den Diskussionen machten die Kieferorthopäden keinen Hehl aus ihrer Verärgerung über die aktuelle Gesundheitspolitik, stellten aber auch klar, dass sie ihren Versorgungsauftrag weiterhin erfüllen wollen. Dafür erwarte man aber auch mehr politische Unterstützung, als dies aktuell der Fall sei.

Leo Hofmeier